

INTERVIEW

„Für die Menschen, nicht die Banken und Konzerne“

Wie sollen die großen Fragen der Krisenbewältigung gelöst werden, wenn nicht gemeinsam. Thomas Kattinig, Mitglied des Bundespräsidiums von younion
Die Daseinsgewerkschaft gibt uns die wichtigsten Forderungen mit auf den Weg.

Was braucht es jetzt in dieser Krise?

Die Krise hat eindrucksvoll gezeigt, dass ein gut funktionierender Sozialstaat, ein universelles und solidarisches öffentliches Gesundheitssystem sowie eine funktionierende, qualitativ hochwertige öffentliche Grundversorgung eine grundlegende Voraussetzung sind, um den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu garantieren. In diese Systeme muss nun investiert werden.

Wie bewerten sie den vorgeschlagenen Wiederaufbaufonds und das EU-Budget?

Es ist der richtige Weg: weg vom Sparzwang hin zu kräftigen Investitionen und Unterstützung der am schwersten betroffenen Mitgliedsstaaten. Mit 1.824,3 Milliarden Euro steht nun ein mächtiges Werkzeug zur Krisenbekämpfung bereit. Es braucht allerdings noch Nachbesserungen bei Gesundheit, Klima und Rechtsstaatlichkeit. Jetzt müssen nur alle an einem Strang ziehen, um Europa aus der Wirtschafts- und Gesundheitskrise zu bringen.

Doch ziehen wirklich alle mit? Ich erinnere an die „Sparsamen Vier“.

Europa kann diese Krise nur gemeinsam meistern. Nationale Egoisten sind fehl am Platz. Bundeskanzler Kurz und Finanzminister Blümel machen sich mit ihrer auf nationale Umfragewerte abzielenden Show in Europa mehr als unbeliebt und kosten uns dabei auch noch Geld. Wir brauchen keine Politshow am Rücken der BürgerInnen, sondern einen Schutzschirm für die Menschen und die Wirtschaft. Investition in Städte und Gemeinden und direkten Zugang zu den EU-Fonds. Warum ist der Zugang für Städte und Gemeinden zu den EU-Fonds so wichtig? Jeder Euro, der in Gemeinden inves-



Der Mensch muss vor dem Profit stehen, das muss immer wieder in Erinnerung gerufen werden.

foto: Andreas Scheiblecker

tiert wird, kommt direkt bei den Menschen an. Gemeinden und Städte sind ein kräftiger Motor für die lokale und regionale Wirtschaft und helfen, die Klimaziele zu erreichen. Saubere Energie und Mobilität schaffen auch Arbeit.

Beim Fonds für einen gerechten Übergang und bei EU4Health wurde durch die „Sparsamen Vier“ eine Kürzung durchgesetzt? Kann das noch geändert werden?

Das EU-Parlament muss dem Budget noch zustimmen. Jetzt wird gerade über Nachbesserungen verhandelt, um die für ArbeitnehmerInnen wichtigen Programme mit den nötigen finanziellen Mittel auszustatten. Bei Gesundheit, Arbeit, Forschung und Klima darf nicht gespart werden.

Was ist aus ihrer Sicht abschließend wichtig festzuhalten?

Eine Konsequenz der COVID-19-Krise muss sein, in den Sozialstaat und die Menschen zu investieren. Förderung der beruflichen Neuorientierung von Beschäftigten in klimafitte Berufe, aktive Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen. Die umfangreichen Investitionen im Rahmen des Green Deals und eine Förderung der sozial-ökologischen Transformation sind gerade jetzt eine Chance, um sozial, gerecht und nachhaltig aus der Krise herauszukommen.



Sabine Vogler
Amnesty-Netzwerk
Arbeit, Wirtschaft und
soziale Rechte



Guatemala

7 Jahre Haft für Gewerkschafter und Umweltaktivist

„Sie verurteilten mich wegen schweren Diebstahls. Ich bin kein Dieb. Im Gegenteil, sie stehlen uns die natürlichen Reserven. Sie stehlen den Fluss.“ Seit über zwei Jahren befindet sich Bernardo Caal Xol auf Basis von konstruierten Anklagen in Haft. Ihm wird schwerer Diebstahl und rechtswidrige Festsetzung von Personen vorgeworfen.

In Wahrheit setzt sich der 48-jährige Lehrer, Gewerkschafter und Menschenrechtsverteidiger friedlich gegen ein Kraftwerksprojekt am Fluss Cahabón ein, der bei der indigenen Bevölkerung als heilig gilt. Die Mayan Q'eqchi im Departamento Alta Verapaz im Norden Guatemalas hatten ihn beauftragt, rechtlich gegen Unregelmäßigkeiten bei den Kraftwerksprojekten vorzugehen.

Seit 2015 reichte Bernardo Caal mehrere Beschwerden bei Gericht ein, und 2017 entschieden die Höchstgerichte, dass bei den Kraftwerksprojekten das Recht der betroffenen Gemeinschaften auf freie, vorherige und informierte Konsultation verletzt worden war.

Daraufhin folgten Verleumdungskampagnen gegen den Aktivisten in mehreren Medien, seine Verhaftung im Jänner 2018 und der unfaire Urteilsspruch im November 2018. Seine Anwälte/-innen gingen in Berufung; die Verfahren dazu sind immer noch anhängig. Bereits fünf Anhörungen wurden abgesagt.

Amnesty International prüfte die Anklagepunkte, aber konnte keinen Beweis dafür finden, dass die vorgebrachten Verbrechen tatsächlich stattgefunden hätten. Die Menschenrechtsorganisation erachtet Bernardo Caal Xol als gewaltfreien Gewissensgefangenen und fordert seine Freilassung. Mehr Informationen und die Aktion dazu finden Sie unter <http://gewerkschafterInnen.amnesty.at>